

Regierungserklärung
von Energieminister Claus Möller
am 25. September 1996
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

"Kernkraftwerk Krümmel"

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

I.

Seit Jahren wird um das Atomkraftwerk Krümmel gestritten - politisch, wissenschaftlich-technisch und juristisch. In diesen Wochen erleben wir einen neuen Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen:

- Im Mai dieses Jahres ist bekanntgeworden, daß wieder ein Kind im Umkreis von Krümmel an Leukämie erkrankt ist.
- Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat ein Urteil von möglicherweise besonderer Bedeutung gefällt.
- Und Ende August hat das ARD-Magazin "Monitor" über die Vorgänge beim Bau dieses Kernkraftwerkes berichtet.

Im Umkreis des Atomkraftwerks Krümmel hat es auf niedersächsischer und schleswig-holsteinischer Seite nachweislich auffällig viele Leukämieerkrankungen gegeben - mit inzwischen drei Todesfällen.

Wie mag es auf die betroffenen Familien wirken, wenn in den ersten Kommentaren der Atomindustrie zu dem Berliner Urteil von einer "Katastrophe" (ZEIT 30.08.96) die Rede war?

Oder wie mag der "Monitor"-Bericht auf die betroffenen Familien gewirkt haben?

Wie mag es auf die betroffenen Familien wirken, wenn am 23. September Prof. Neth in einem Telefax an alle Landtagsfraktionen feststellt, daß es "keinen Zusammenhang zwischen der Leukämie-erkrankung der fünf Kinder in der Elbmarsch und dem KKW Krümmel" gibt und am selben Tag die Prof. Scholz, Kuni, Lengfelder, Schmitz-Feuerhake feststellen, daß gegen "den einzig in Frage kommenden Verursacher" der Leukämien nichts unternommen werde.

Ich möchte den betroffenen Familien zu Beginn dieser Regierungserklärung sagen, daß wir ihr Leid mitempfinden und bei der Forderung nach Aufdeckung der Ursachen auf ihrer Seite stehen; und daß wir unsere rechtlichen Möglichkeiten zum Abschalten des Atomkraftwerkes Krümmel nutzen werden.

II.

Man muß es noch einmal deutlich sagen: Seit den Landtagswahlen 1988 hat die Atomenergie keine Mehrheit mehr bei den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins!

- Daß Bundesregierung und Atomindustrie, daß das Atomgesetz und die Rechtsprechung den Ausstieg aus Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel gleichwohl sehr erschweren, das ist eine politische Belastung für unser Land.
- Die Atomenergie ist auch eine Belastung für die Sicherheit der Menschen in Schleswig-Holstein und weit darüber hinaus.
- Und die Atomenergie ist eine ökologische Belastung und sie hat keine ökonomische Zukunft.

Man kann es nicht oft genug wiederholen:

In Schleswig-Holstein gibt es heute in der Windenergie mehr Arbeitsplätze als in allen drei Atomkraftwerken zusammen.

Die diese Landesregierung tragenden Parteien - die Sozialdemokratische Partei und Bündnis 90/Die Grünen - kämpfen seit nahezu zwei Jahrzehnten für die Beendigung der Kernenergienutzung.

"So schnell wie möglich wollen wir die drei schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel stilllegen." So steht es in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin. Und das ist unser gemeinsames Ziel in dieser Koalition.

III.

Ich möchte Ihnen heute die Grundzüge der Kernenergiepolitik dieser Landesregierung kurz darlegen und ausführen, welche Konsequenzen und Maßnahmen sich daraus für die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel aktuell ergeben.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in ihrer Koalitionsvereinbarung gemeinsam eine ethische Entscheidung getroffen, die auch Grundlage der sozialdemokratischen Landesregierungen seit 1988 gewesen ist.

"Eine Technik, die niemals versagen darf und der gegenüber Menschen niemals versagen dürfen, weil die Folgen unbeherrschbar sind, kann nicht verantwortet werden."

Wir wollen die Kernenergienutzung beenden:

- Weil Reaktorkatastrophen auch bei den heutigen westlichen Sicherheitsstandards nicht mit letzter Sicherheit auszuschließen sind.
- Weil die Entsorgung des Atom Mülls weltweit nicht gesichert ist.
- Weil die Wiederaufarbeitung keine Lösung darstellt, sondern nur neue Probleme schafft.

- Weil die Kernenergie untrennbar verbunden ist mit der wachsenden Gefahr des Handels mit waffenfähigen Kernbrennstoffen.
- Weil ein Risikopotential von Innentätern und terroristischen Drohungen besteht.

Deshalb sagen wir: Bei der Atomenergie ist der einzige echte Schutz die Beseitigung der Risikoquelle selbst!

Hinzu kommt, daß die Nutzung der Atomenergie auch keine Lösung zur Bekämpfung der Klimaprobleme darstellt.

Zum energiepolitischen Ansatz der Landesregierung, das heißt zu Energieeinsparung und effizienter Energienutzung und zum Ausbau der regenerativen Energieträger gibt es keine Alternative!

Wir sind anderer Auffassung als das Bundesverfassungsgericht, das ein "Restrisiko" ausdrücklich in Kauf nimmt. Aber stilllegen können wir Atomkraftwerke nur nach Recht und Gesetz.

Auch diese Landesregierung verfügt nicht über den Knopf zum Abschalten.

Deshalb mußte auch diese Landesregierung Brokdorf nach vierwöchigen Revisionsarbeiten am 20. Juni 1996 die Zustimmung zum Wiederauffahren erteilen, nachdem alle Auflagen aus der Revision genau überprüft und erfüllt waren.

Die Zuständigkeit der Landesregierung ist nach heute geltender Rechtslage beschränkt auf die Genehmigung und Überwachung der Atomanlagen - und dies nur in Auftragsverwaltung des Bundes.

Und dabei gilt unverändert: Wir üben die atomrechtliche Aufsicht zum Schutz der Bevölkerung nach strengsten Maßstäben aus!

Das heißt: Die Sicherheit der Anlagen und der Schutz der Menschen hat unbedingten Vorrang vor jedem wirtschaftlichen und sonstigen Interesse!

Auch das ist eine ethische Entscheidung.

Ich weiß - wie der dreijährige Stillstand von Brunsbüttel gezeigt hat -, was das für die Unternehmen, die Arbeitnehmer und die betroffene regionale Wirtschaft bedeuten kann: Aber bei der Sicherheit von Atomkraftwerken gibt es bei uns kein Taktieren und keine Kompromisse.

Die ganze Problematik zeigt aber auch, daß eine politische Lösung gefunden werden muß.

Und das heißt im Klartext, daß der Weg zum Ausstieg auch über eine neue Mehrheit im Bundestag, über ein Atomausstiegsgesetz bzw. über ein Kernenergieabwicklungsgesetz gesucht werden muß.

IV.

Ich möchte die Punkte ansprechen, die gegenwärtig in Bezug auf das Kernkraftwerk Krümmel aktuell besonders umstritten sind:

1. Das Berliner Urteil.
2. Der Bericht von "Monitor" und die Sicherheit des Reaktordruckbehälters.
3. Die Leukämieproblematik.

Worum geht es bei dem Berliner Urteil?

Es geht um eine Klage der niedersächsischen BUND-Vorsitzenden Renate Backhaus gegen die 1991 erteilte Genehmigung für den Einbau von sogenannten GE-11-Brennelementen im Kernkraftwerk Krümmel. Diese neuen Brennelemente haben einen höheren Urananteil und ermöglichen einen höheren sog. Abbrand als die bisher eingesetzten Brennelemente.

Das Schleswig-Holsteinische Obergerverwaltungsgericht hatte im November 1994 diese Klage abgewiesen und keine Revision zugelassen.

Frau Backhaus ist dann vor das Bundesverwaltungsgericht gegangen, das die Revision wegen rechtsgrundsätzlicher Bedeutung zugelassen und jetzt mit Urteil vom 21. August 1996 die Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an das OVG Schleswig zurückverwiesen hat.

Das höchste deutsche Verwaltungsgericht hat dabei das OVG dafür gerügt, daß es die Klage unter Hinweis auf die Unanfechtbarkeit vorangegangener Genehmigungen ohne weitere Prüfung eines möglichen Ursachenzusammenhangs zwischen dem Anlagenbetrieb und den Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch abgewiesen hat.

Die Reaktorsicherheitsbehörde hat 1991 unter Berücksichtigung des damaligen Kenntnisstandes zur Leukämie entschieden - auch wenn ein ehemaliger beteiligter Mitarbeiter sich heute öffentlich davon distanziert.

Und diese Entscheidung haben wir vor dem OVG und dem Bundesverwaltungsgericht auch vertreten. Das Bundesverwaltungsgericht hat unsere 1991 erteilte Genehmigung nicht aufgehoben.

Nun muß das OVG Schleswig erneut entscheiden.

Über das Berliner Urteil ist viel spekuliert worden und es bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich eine völlig neue Rechtsprechung ist, die die bisherige höchstrichterliche Rechtsprechung zu Kalkar, Wyhl, Brokdorf und Lingen sowie die Rechtsprechung der Obergerverwaltungsgerichte Lüneburg und Schleswig revidiert. Wir müssen die schriftliche Begründung abwarten.

Ich erinnere hier an das bereits dem Verein "Eltern für unbelastete Nahrung" gemachte Angebot, die Urteilsbegründung aus Berlin atompolitisch und atomrechtlich sorgfältig und gründlich gemeinsam zu diskutieren.

Die Urteilsbegründung aus Berlin ist auch für die anhängige Klage der beiden Ärzte Dr. Clever und Dr. Dieckmann auf Widerruf der Betriebsgenehmigung des Atomkraftwerkes Krümmel von Bedeutung.

Die Zustimmung zum Wiederaufstart von Krümmel 1994 haben wir nach sorgfältigen technischen und juristischen Prüfungen unter Hinzuziehung externen Sachverständigen erteilt, und dabei hinsichtlich der erforderlichen Schadensvorsorge auf das Urteil des Obergerichtes Schleswig vom 27. Mai 1994 abgehoben.

In diesem Urteil hat das OVG festgestellt, daß die "Notwendigkeit eines Ursachenzusammenhangs zwischen dem Betrieb der konkreten Anlage und der von ihr ausgehenden Gefahr ionisierender Strahlen zu fordern" ist.

V.

Das ARD-Magazin "Monitor" hat am 29. August berichtet, daß beim Bau von Krümmel gefuscht worden sei. "Monitor" hat den Vorwurf erhoben, daß die Einzelteile des Reaktordruckbehälters nicht exakt gefertigt worden seien und durch ein unzulässiges Preßverfahren und anschließende Schweißungen zusammengefügt worden seien. Dabei hätten die Schweißnähte den Preßkräften nicht standgehalten. Es habe einen unzulässigen Kantenversatz gegeben, der durch eine nicht dem Stand der Technik entsprechenden Methode verringert worden sei. Durch Auftragsschweißungen seien verbliebene Kantenversätze beseitigt worden.

Sie wissen, daß die damalige CDU-Landesregierung dieses Reparaturverfahren - bei dem man versucht hat, Verformungen des Hohlzylinders mit Hydraulikpressen zu korrigieren - unter Einschaltung von Sachverständigen toleriert und es letztlich kurz vor der Landtagswahl 1988 durch ihre zweite Betriebsgenehmigung sanktioniert hat.

Die erste Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Krümmel vom 14. September 1983 erlaubte den Probetrieb der Anlage für vier Betriebszyklen. Eine Auflage verlangt eine Sicherheitsanalyse für die Gesamtanlage rechtzeitig vor Ablauf des letzten genehmigten Betriebszyklus. Diese hat auch in einem zwischen Betreiberin und Behörde abgestimmten Umfang stattgefunden.

Die zweite und jetzt gültige Dauerbetriebsgenehmigung wurde am 11. April 1988 erteilt. Sie sieht auf Empfehlung des TÜV erstmals für Ende 1997 und danach alle zehn Jahre eine umfassende Sicherheitsanalyse der Anlage - also ausdrücklich und umfassend auch des Reaktordruckbehälters - vor. Hier ist die periodische Sicherheitsüberprüfung (PSÜ) nach dem neuesten Stand der Technik, wie sie nach Tschernobyl diskutiert wurde, für Krümmel verankert. Die Landesregierung fordert die PSÜ als bundeseinheitlichen Standard für alle Atomanlagen.

Der Reaktordruckbehälter war schon früher Gegenstand von Klagen mehrerer Bürger gegen die achte Teilgenehmigung vom 17. Januar 1978. Entscheidungen dazu gibt es vom Verwaltungsgericht Schleswig, vom Obergerverwaltungsgericht Lüneburg und vom Bundesverwaltungsgericht aus den Jahren 1981 und 1988. Im Rahmen der Beweiserhebung hat sich das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg 1988 auch mit Kantenversätzen beschäftigt.

Die in der "Monitor"-Sendung am 29. August erhobenen Vorwürfe über Pfusch am Bau werden von uns rückhaltlos aufgeklärt.

Unsere Untersuchungen haben bisher ergeben:

Es sind Maßabweichungen an den zylindrischen Teilen aufgetreten. Der vor dem Pressen gemessene maximale Kantenversatz betrug 23 Millimeter. Die Kantenversätze wurden vor dem Schweißen mit hydraulischen Pressen ausgerichtet. Es wurden Reparaturschweißungen durchgeführt, um Schlackeneinschlüsse in den Schweißnähten zu beseitigen.

Deshalb haben Staatssekretär Voigt und ich eine Reihe von Sonderprüfungen eingeleitet:

1. Wir prüfen, ob das auf der Baustelle angewendete Verfahren zulässig war.
2. Wir prüfen die Herstellungsdocumentation des Reaktordruckbehälters daraufhin, ob er auf dem Transport oder anderen Handhabungen Verformungen erlitten hat.
3. Wir prüfen, ob die Herstellung nach vorgeprüften Spezifikationen erfolgte.
4. Wir erstellen eine Spannungsanalyse zur Feststellung der Spannungen, die in das Reaktordruckgefäß durch das Ausrichten eingeleitet wurden.
5. Wir machen Sichtprüfungen der inneren Oberfläche des Reaktordruckbehälters an den Positionen der Stempelauflagen.
6. Es erfolgen Ultraschallprüfungen der Baustellenschweißnähte CW 34 und CW 78 von außen, während der Revision 1996 zu 100 Prozent, begleitet und bewertet durch Gutachter des TÜV und unabhängig davon durch Gutachter der Bundesanstalt für Materialprüfung.
7. Es erfolgt auch eine Befragung von Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie Gutachtern, die seinerzeit mit der Angelegenheit befaßt waren.

Im übrigen wird die Aufklärung derzeit auch aufgrund der Anzeige der "Christlichen Demokraten gegen Atomkraft" von der Staatsanwaltschaft Lübeck betrieben.

Wenn sich herausstellt, daß die Betreiber Informationen zurückgehalten haben, steht die Frage ins Haus, welche Konsequenzen das für die Anlage haben muß.

Ich fasse den Stand noch einmal zusammen:

- Die aktuellen Untersuchungen laufen zur Zeit.
- 50 % der Schweißnaht CW 34 sind bereits überprüft, ohne daß sich eine Auffälligkeit ergeben hat. Der Rest befindet sich in der Überprüfung.
- Eine Prüfung der Stellen im Inneren des Reaktordruckbehälters, auf denen die Hydraulikpressen aufgesetzt wurden, hat nach bisherigem Kenntnisstand keine Auffälligkeit ergeben.
- Die Sonderbegutachtung durch die Bundesanstalt für Materialprüfung läuft.
- Die periodische Sicherheitsüberprüfung für das Jahr 1997 wird konzeptionell und anlagenbezogen gemeinsam mit verschiedenen Sachverständigen - darunter auch das Öko-Institut - vorbereitet.

Sollten die Begutachtungen und Untersuchungen nichts ergeben, sehe ich allerdings keine Chance, die PSÜ, wie im Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefordert, auf 1996 vorzuziehen.

Wir hoffen, daß die schriftliche Begründung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes wie angekündigt Ende September eingeht. Ich schließe aber nicht aus, daß wir die Zustimmung zum Wiederanfahren ggf. vor Kenntnis der schriftlichen Begründung erteilen müssen.

Wenn sich dann aber aus dem Berlin-Urteil neue Erkenntnisse ergeben, werden wir diese im aufsichtlichen Verfahren nach § 19 Abs. 3 Atomgesetz prüfen und gegebenenfalls das Abfahren der Anlage verfügen.

Es wäre eine vertrauensbildende Maßnahme, wenn die Betreiberin in dieser Situation dem Antrag der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgen und das Atomkraftwerk bis zur endgültigen Klärung vom Netz lassen würde.

VI.

Ein Wort zur Leukämieproblematik.

Die weltweiten Untersuchungen verschiedener Leukämiehäufungen zeigen, wie schwierig gerade eindeutige Nachweise zu führen sind. Auch hier hoffen wir, daß das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes möglichst deutliche Aussagen dazu enthält, wie die Frage der Kausalität zu behandeln ist und wem die Last der Nachweisführung obliegt.

Wir haben gerade erlebt, wie über viele Jahren mit hoher wissenschaftlicher Kunstfertigkeit ein Zusammenhang von BSE bei Rindern und der Creutzfeldt-Jacob-Krankheit bei Menschen bestritten worden ist. Dann sind diese wissenschaftlichen Ergebnisse zusammengebrochen wie ein Kartenhaus.

Die Landesregierung wird deshalb den Ursachen mit einer Fallkontrollstudie und mit Untersuchungen zur Strahlenbiologie und zur kleinräumigen Meteorologie weiter auf den Grund gehen. Auch das Berliner Urteil unterstreicht die Notwendigkeit, die Klärung der Ursachen für die Leukämien in der Elbmarsch zügig voranzutreiben.

VII.

Aus aktuellem Anlaß möchte ich zur Situation im Atomkraftwerk Brunsbüttel Stellung nehmen. Die Hamburgischen Electricitätswerke haben durch die Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH das Energieministerium am 19. September beim Obergericht Schleswig darauf verklagt, die Zustimmung zum Wiederaufstart zu erteilen und gerichtlich feststellen zu lassen, daß die Zustimmung zum Wiederaufstart unverzüglich, spätestens jedoch am 13. September 1996 hätte erteilt werden müssen.

Dazu ist folgendes zu sagen:

Die Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Brunsbüttel vom 11. August 1983 bestimmt, daß nach den jährlichen Revisionen die Zustimmung der Aufsichtsbehörde jeweils zum Anfahren der Anlage einzuholen ist.

Am 10. September 1996 hat die KKB-GmbH die Anlage als technisch anfahrbereit erklärt - und dazu umfangreiche Unterlagen vorgelegt.

Eine Stellungnahme des TÜV Nord hierzu ist am 18. September 1996 vorgelegt worden. Sie wird wie üblich von der Behörde geprüft und ausgewertet.

Wir lassen uns durch die Klage der HEW nicht von unserem Kurs der gründlichen und vollständigen Sicherheitsprüfung abbringen. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit.

Im Zusammenhang mit der Zustimmung zum Wiederanfahren prüft die Behörde auch, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt sie die Nachrüstung der Speisewasser- und Frischdampfleitungen sowie der Isolationsventile durchsetzen kann, insbesondere weil die Betreiberin eine Teilgenehmigung für den Ersatz der Speisewasserleitungen zu unserer Überraschung mit Hinweis auf das Berliner Urteil nicht in Anspruch genommen hat.

VIII.

Umweltminister Steenblock und ich sind heute abend in einer Bürgerversammlung in Geesthacht.

Mir ist bewußt, daß wir den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht werden können.

Diese Landesregierung ist rechtlich gehindert, das zu tun, was sie politisch für richtig und notwendig hält.

1. Wir halten es für richtig und für notwendig, daß das Kernkraftwerk Krümmel nicht wieder ans Netz geht, bevor die Berliner Urteilsbegründung vorliegt und ausgewertet werden konnte.

Rechtlich sind wir gehindert, dies durchzusetzen.

2. Wir halten es für richtig und für notwendig, daß Krümmel nicht wieder ans Netz geht, bevor die Ursachen der Leukämien im Umkreis des Kernkraftwerks aufgeklärt sind.

Wir sind aber rechtlich gehindert, dies durchzusetzen, weil wir keine neuen Kenntnisse haben, die das Kernkraftwerk belasten.

Das bedeutet, daß die Anfahrzustimmung aus diesem Grunde nicht verweigert werden kann.

Günther Anders hat in seinem Buch "Die Antiquiertheit des Menschen" 1956 drei Hauptthesen aufgestellt:

"Daß wir der Perfektion unserer Produkte nicht gewachsen sind; daß wir mehr herstellen als vorstellen und verantworten können; und daß wir glauben, das, was wir können, auch zu dürfen, nein: zu sollen, nein: zu müssen."

Ich glaube nicht, daß wir das, was wir in der Atomtechnologie können, auch dürfen, sollen oder gar müssen.

Deshalb wollen wir:

Erstens: Die Nutzung der Atomenergie beenden.

Und zweitens: Solange der Ausstieg nicht geschafft ist, hart bleiben in der Sicherheitsfrage, kompromißlos und dem Schutz der Menschen unseres Landes verpflichtet.